



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 09. August 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- In Afghanistan wurden im ersten Halbjahr laut UNO 1.662 Zivilist*innen durch Terror und Krieg getötet, 3.581 wurden verletzt. In der nordafghanischen Provinz Sar-e Pul haben terroristische Gruppen ein Dorf unter ihre Kontrolle gebracht und sollen dabei ein Massaker an mindestens 50 Personen verübt haben. Die Menschen gehören überwiegend der Minderheit der Hazara an. Laut offiziellen Angaben von afghanischer Seite waren Taliban und sogenannter Islamischer Staat gemeinsam an dem Überfall beteiligt. Die *NZZ* schreibt jedoch, dass die Namensbezeichnung derselben Gruppen wechsele, unter anderem trage der Name IS „mehr Prestige“
<https://www.nzz.ch/international/massaker-in-nordafghanistan-grausamkeiten-im-namen-von-is-und-taliban-ld.1309604> (07.08.17)
- Rund 200 fliehende Menschen versuchten vergangene Woche die spanische Exklave Ceuta in Marokko zu erreichen. Beim Überwinden der Zäune hatten sich zahlreiche Menschen verletzt.
<http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/ceuta-zahlreiche-fluechtlinge-verletzen-sich-am-grenzzaun-15133035.html> (02.08.17)
- Im französischen Calais hat sich das „Dschungel“ genannte Lager von vor einem Jahr etwa 10.000 Fliehenden weitestgehend aufgelöst. 600 bis 800 Menschen sind übrig geblieben, die nach wie vor darauf hoffen, nach Großbritannien zu gelangen. Ihre Situation heute ist angespannter als damals, sie verstecken sich in Wäldern ohne hygienische Versorgung. Nahrungsmittel werden über eine Hilfsorganisation geliefert. Einige der Fliehenden sind ein zweites Mal aus Deutschland aufgebrochen nachdem sie in Deutschland einen negativen Asylbescheid erhalten hatten. Der Staatsrat, Frankreichs höchstes Gericht, hat derweil die Regierung aufgefordert, für ein Mindestmaß an humanen Bedingungen wie Trinkwasser, Duschen und Toiletten zu sorgen. Der Innenminister wie die Bürgermeisterin von Calais kündigten an, das Urteil missachten zu wollen. Damit drohe eine Verfassungskrise, sollte Präsident Emmanuel Macron entgegen seiner liberalen Rhetorik diese Form der „Abschreckungspolitik“ fortsetzen.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlinge-in-calais-frankreich-setzt-auf-abschreckung-und-riskiert-verfassungskrise/20130756.html> (31.07.17)
<https://www.tagesschau.de/ausland/calais-migranten-101.html> (07.08.17)

- Sechs Nichtregierungsorganisationen, die im Mittelmeer Fliehende retten, haben sich geweigert, den Verhaltenskodex zu unterschreiben, den die italienische Regierung ihnen aufdrücken will. Die Iuventa, das Boot der NGO Jugend rettet wurde daraufhin vorübergehend beschlagnahmt. PRO ASYL und viele weitere kritisierten, dass jeder Tag, den ein Rettungsschiff nicht fahren könne mehr Tote bedeute. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags geht davon aus, dass die Drangsalierung von Seiten der italienischen Regierung rechtswidrig sei. Die Rettung auf See sei „gemeinhin [...] ungeschriebenes Völkergewohnheitsrecht“. Ebenso betonten die Wissenschaftler*innen, dass die Genfer Flüchtlingskonvention die Rückführung von Menschen an Orte, in denen Verfolgung oder Lebensgefahr drohe, verbiete. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel, dessen Beamt*innen die Zustände in den libyschen Gefangenenlagern als „KZ-ähnlich“ bezeichnet hatten, redet irgendetwas davon, dass er nicht wissen könne, welche Fassung der italienischen Vorschläge die Wissenschaftler*innen des Bundestags geprüft hätten. Währenddessen genehmigte der italienische Senat einen Marineeinsatz vor der libyschen Küste. Man wolle dort die libysche Küstenwache unterstützen. Die bringt Menschen zurück nach Libyen, ein Land, in dem Gefangenenlager und Sklaverei wieder auf der Tagesordnung stehen. Tatsächlich darf die italienische Marine nun auf „Einladung Libyens“ dessen Hoheitsgewässer befahren. Wie konkret der Einsatz ablaufen soll ist noch nicht klar. SPON gibt an, dass sich etwa 700.000 Fliehende in Libyen aufhalten würden. In dem Land streiten zwei Regierungen um die Macht. Eine der beiden Regierungen hat 46 Millionen Euro an EU-Geldern für den „Grenz- und Küstenschutz“ erhalten.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-italien-beschlagnahmt-schiff-deutscher-helfer-von-jugend-rettet-a-1161100.html> (02.08.17)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-italien-votiert-fuer-militaereinsatz-vor-libyen-a-1161019.html> (02.08.17)
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-08/fluechtlinge-mittelmeer-italien-marine-libyen> (02.08.17)
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-im-mittelmeer-streit-um-seenotrettung-eskaliert/20145730.html> (03.08.17)
- Die Bundesregierung hatte seit 2011 Abschiebungen im Rahmen der Dublin-III-Verordnung nach Griechenland ausgesetzt. Nun wurden 392 Übernahmeersuchen an Griechenland gerichtet, die griechische Regierung stimmte dem zu. PRO ASYL will die Betroffenen juristisch unterstützen. Die NGO fürchtet unter anderem, dass die Betroffenen in Obdachlosigkeit abrutschen würden. Seit 2014 wurden zudem Familien nicht mehr nach Italien abgeschoben. Dies praktiziert die Bundesregierung aber seit Juni diesen Jahres wieder.
<http://www.zeit.de/news/2017-08/04/fluechtlinge-fluechtlingsamt-schickt-migrantenfamilien-nach-italien-zurueck-04091202> (04.08.17)
<http://www.tagesschau.de/inland/rueckfuehrung-nach-griechenland-101.html> (05.08.17)
- Die Schweinemastanlage, die auf dem ehemaligen Konzentrationslager Lety in Tschechien steht, wird geschlossen werden. Die Aktionär*innen der Aktiengesellschaft beschlossen den Verkauf der Anlage an den tschechischen Staat. Eine Gedenkstätte soll nun errichtet werden. Über Jahre hatten Aktivist*innen und die internationale Gemeinschaft Tschechien aufgefordert, in Lety ein würdiges Gedenken an die dort ermordeten Rom*nja zu ermöglichen.
<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/tschechien-schweinemast-in-frueherem-kz-lety-endet-a-1161805.html> (08.08.17)

Bund, Land, Kommune

- Der Beauftragte der Bundesregierung für „Flüchtlingsmanagement“, Frank-Jürgen Weise, kritisiert gravierende Mängel im Ausländerzentralregister. Die Datensätze seien nicht ausreichend gepflegt worden, zum Teil seien EU-Bürger*innen als vollziehbar

ausreisepflichtig gelistet, so etwas verfälschte Zahlen und verzerre damit Debatten. Amtliche Erlasse und Einladungen gelangten nicht zu den Empfänger*innen. Zudem sieht es Weise als problematisch an, dass sich dadurch Abschiebungen verzögern würden.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-grosse-luecken-im-auslaender-register-1.3615716>
(04.08.17)

- Ein bayerisches Verwaltungsgericht hat ein fachärztliches Attest über die Reiseunfähigkeit einer Frau albanischer Staatsangehörigkeit nicht anerkannt, es sei ein „Gefälligkeitsgutachten“. Mit einem solchen Attest hätte ein Abschiebehindernis für die Frau und damit ihre Familie festgestellt werden können. Nun wurden sie nach Tirana abgeschoben. Es handelt sich um dieselbe Familie, die so brutal von Polizist*innen in diesem Jahr behandelt wurde, dass die zweijährige Tochter die Nahrung verweigerte und begann, sich selbst zu verletzen. Gegen die damals agierenden Polizist*innen wurde eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht.
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/asylpolitik-albanerin-und-drei-kinder-trotz-attest-abgeschoben-1.3612071> (01.08.17)
- In Sachsen Anhalt sollen 20-30 Abschiebehäftplätze in Containern entstehen. Bisher gibt es keine Abschiebehäftanstalt in dem Bundesland.
<http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/plaetze-fuer-abschiebehaft-angekuendigt-100.html>
(05.08.17)
<http://www.mz-web.de/sachsen-anhalt/landespolitik/abgelehnte-asylbewerber-stahlknecht-will-abschiebehaft-errichten-28123020> (06.08.17)
- In Sachsen haben acht Landkreise und zwei kreisfreie Städte 2814 Wohnungen abgemietet. Die Wohnungen werden von den Kommunen auch für die dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen vorgehalten. Die Abgeordnete der Linken im Landtag, Juliane Nagel, bezeichnet die Abmietung als politischen Fehler im Hinblick auf eine im Durchschnitt 63 prozentige, dezentrale Unterbringungsquote.
<http://www.bundespresseportal.de/sachsen/16-sachsen/juliane-nagel-sachsens-landkreise-bauen-plaetze-fuer-dezentrale-unterbringung-gefluechteter-ab-grosser-fehler-umsteuern-noetig.html>
(02.08.17)
- Nach wie vor stellen sächsische Ausländerbehörden alternative Dokumente anstelle der Duldung aus. Mit den Papieren können die Betroffenen weder Wohnung noch Arbeit finden oder auch nur ein Konto eröffnen, die Funktion eines aufenthaltsrechtlichen erfüllen sie nicht. Der SFR hatte gemeinsam mit vier anderen Vereinen und Initiativen in einer [Pressemitteilung](#) den Vorwurf erhoben, dass damit die neugeschaffenen Paragraphen zur Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration ausgehebelt werden sollen.
<https://mephisto976.de/news/der-vorwurf-gegenueber-den-behoerden-61818> (08.08.17)
- In Bautzen mussten sich geflüchtete Minderjährige wieder von Nazis terrorisieren lassen. Ein Video zeigt, dass einer der Polizisten einen der Geflüchteten im Streifenwagen drohte und beleidigte. Die Polizeidirektion Görlitz kündigte an, die Umstände ermitteln zu wollen, Die Linke im Landtag hat von Innenminister Markus Ulbig einen Bericht angefordert, unter anderem zur Sensibilisierung von Einsatzkräften.
<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/auseinandersetzungen-am-kornmarkt-polizisten-im-visier100.html> (01.08.17)
<http://www.mdr.de/investigativ/beleidigung-und-drohung-durch-polizisten-in-bautzen-100.html>
(02.08.17)
- Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hat einen ersten Lagebericht zu den im Bundesland lebenden Reichsbürger*innen veröffentlicht. In der Zahl seien es 718, der Schwerpunkt sei Mittelsachsen mit 120 dort ansässigen Reichsbürger*innen. Mit weiterer Aufklärung werde sich die Zahl wohl aber noch erhöhen, so der Bericht. Als Problem wird der Waffenbesitz und die -affinität der Reichsbürger*innen ausgemacht. 13 von ihnen

wurden die Waffenscheine entzogen da sie sich den Regeln des Rechtsstaats nicht unterworfen wollen würden und damit auch nicht den Regularien des Waffengesetzes. Die Linke kritisiert, sie hätte bereits 2003 auf die Reichsbürger*innen aufmerksam gemacht, wurde damals aber abgekanzelt. Erst durch den Tod eines Polizeibeamten durch einen Reichsbürger begannen Landesregierungen sich ernsthafter mit dem Phänomen auseinanderzusetzen.

<http://www.mdr.de/sachsen/reichsbuerger-in-sachsen-lagebericht-100.html> (01.08.17)

Hintergrund und Meinung

- In einer Reportage des *Deutschlandfunks* von Achim Nuhr wird über die Geflüchteten in Uganda gesprochen. Sie flohen aus dem Kongo, Burundi, Ruanda und Somalia. Insgesamt sollen 500.000 Geflüchtete in dem Land leben. Nuhr beschreibt die Situation der Menschen in der Hauptstadt Kampala, über ihre Arbeit und ihre Sicht auf die Konflikte in den Herkunftsländern. Tatsächlich erhalten Geflüchtete von der ugandischen Regierung neben Arbeitserlaubnissen auch das Recht, Betriebe zu eröffnen. Der UNHCR sieht die Asylpolitik Ugandas als vorbildlich an. Die Unterbringung in der Hauptstadt kann dennoch beengt sein. Angel Fuha, die aus dem Kongo floh, teilt sich ein kleines Haus mit drei anderen Mädchen sowie der Mutter von Zweien von ihnen. Die Mutter hat sich der beiden anderen angenommen. Hunger ist in Uganda von Zeit zu Zeit ein Problem, zu Beginn des Jahres gab die ugandische Regierung bekannt, sie könne temporär auf Grund einer Dürre etwa eine Million der Bürger*innen nicht versorgen. Danach stellte die Regierung nochmals klar, dass Bürger*innen und Geflüchtete bei der Nahrungsversorgung in Notsituationen gleichgestellt sind.

http://www.deutschlandfunk.de/neuanfang-in-kampala-wie-fluechtlinge-in-der-hauptstadt.1242.de.html?dram:article_id=392841 (06.08.17)

- Die autoritären Machtbestrebungen des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro haben 50.000 Menschen bereits dazu bewegt, aus dem Land zu fliehen. 78 von ihnen haben in Deutschland bis Juli diesen Jahres Asyl beantragt. Miguel Helm schreibt in einer Reportage der *SZ* über die Fluchtgeschichte von zwei von ihnen. Da er sich in Opposition zu dem sozialistischen Regime brachte, wurde Abraham Figueras gemeinsam mit seinem Bruder zum Ziel eines Mordanschlags. Die Fluchtgründe werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oft nicht anerkannt, lediglich 29,8% der Geflüchteten venezolanischer Staatsbürgerschaft erhielten die Flüchtlingsanerkennung. Figueras' Asylverfahren ist noch nicht abgeschlossen, eine Klage am Verwaltungsgericht ist anhängig. Unter anderem deshalb, weil es bei seiner Anhörung im BAMF zu einer „Kettenübersetzung“ vom Spanischen über das Arabische ins Deutsche stattfand – kurios, wie die *SZ* sagt. Die Fotojournalistin Cecilia Rodriguez dagegen erhielt die Flüchtlingsanerkennung bereits. Da sie über die Proteste gegen den Präsidenten berichtete musste sie Verhöre und Folter über sich ergehen lassen. Sie lebt heute in Zschopau in Sachsen.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-von-venezuela-nach-deutschland-aus-todesangst-1.3615692> (05.08.17)

- Die Border Patrol Unit, die die Grenze zwischen der USA zu Mexiko kontrollieren, hat ein paar Herausforderungen zu überwinden und wohl auch nicht wenige Beamt*innen zu entlassen. Ein Untersuchungsbericht aus dem Jahr 2013 stellt fest: „Too many cases do not appear to meet the test of objective reasonableness with regard to the use of deadly force.“ Hintergrund ist, dass bei Einstellungen die Voraussetzungen immer weiter gesenkt wurden. Donald Trump, Präsident der Vereinigten Staaten, will nun wieder 5.000 neue Beamt*innen einstellen, es wird erwartet, dass die Einstellungsvoraussetzungen weiter sinken werden. Steilvorlage für Jon Oliver in *Last Week Tonight*

<https://www.youtube.com/watch?v=NnW5EjwE2U> (06.08.17)

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**